

Vorbericht zum Haushalt 2010

Die öffentlichen Haushalte stehen unter dem Druck der weltweiten Wirtschaftskrise. Bund und Länder haben riesige Haushaltsdefizite und verschulden sich in unermesslichen Größenordnungen, um die Wirtschaft vor schlimmeren Folgen der Krise zu schützen und die Konjunktur zu beleben. Die Kommunen werden in die Mithaft genommen. Die Steuerausfälle reißen große Löcher in die Kassen der Städte, Gemeinden und Kreise. Dies ist um so dramatischer, weil die Finanzausstattung der Kommunen auch in guten wirtschaftlichen Zeiten nicht ausreichend ist.

Bei der Stadt Rhede schien sich die Finanzlage nach fünfjähriger Haushaltssicherung von 2003 bis 2007 zu stabilisieren. Der Konsolidierungskurs zeigte bei den konsumtiven Ausgaben deutliche Wirkung, und der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung brachte in 2008 erhebliche Steuerermehreinnahmen. Doch dieses Polster wird kurzfristig verbraucht sein. Schon der Ergebnisplan 2009 konnte nur durch einen Griff in die Ausgleichsrücklage in Höhe von 750.000 € gedeckt werden. Bei Rechnungslegung ist mit mindestens 1,5 Millionen Euro zu rechnen. Im Haushalt 2010 fällt das auszugleichende Defizit mit 3,47 Millionen Euro noch deutlich höher aus. Und in der Vorausschau auf 2013 wird das bilanzielle Eigenkapital in der Summe um mehr als 10 Millionen Euro aufgezehrt.

Die Hoffnung, dass der städtische Haushalt bilanzielle Abschreibungen und Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF) erwirtschaften kann, erfüllt sich nicht. Auch der bisher eisern durchgehaltene Grundsatz „keine Nettoneuverschuldung“ muss nach sieben Jahren aufgegeben werden.

Nach Einbringung des Haushaltsentwurfs im Rat am 27.01.2010 musste die Schätzung des Gewerbesteueraufkommens um ca. 10 % nach unten korrigiert werden, da aktuelle Veranlagungen negativ ausfielen. Die neue Situation führte zur Bildung einer Haushaltskommission, besetzt mit Vertretern aller Fraktionen und dem Verwaltungsvorstand. In den Beratungen wurden die Weichen gestellt für eine geringfügige Ergebnisverbesserung in 2010, für eine Senkung der Nettoneuverschuldung und für die Umsetzung konkreter Konsolidierungsschritte in den Folgejahren.

1. Finanzausstattung der Stadt mit allgemeinen Finanzierungsmitteln

Richtschnur für die Aufstellung des Haushalts waren insbesondere die Orientierungsdaten des Innenministeriums NRW vom 31.8.2009 für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinden sowie die letzte allgemeine bundesweite Steuerschätzung von November 2009. Durch die Ergebnisse der Steuerschätzung sind die Orientierungsdaten in vielen Punkten korrigiert worden. Die Schätzungen berücksichtigen noch nicht die zu erwartenden Steuerausfälle nach dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz des Bundes und die weiteren Steuersenkungspläne der Bundesregierung. Bei der Haushaltsplanung wurden hierfür Risikoabschläge berücksichtigt.

Der **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** wird nach den Prognosen in 2010 gegenüber dem Haushaltsansatz 2009 um 800.000 € (= ca. 12,8%) auf **5.450.000 €** sinken. Für die Jahre 2011 bis 2013 sehen die Orientierungsdaten Steigerungsraten von 6,5%, 7,0% und 5,5% kumulativ vor.

Beim **Familienleistungsausgleich**, den die Kommunen seit Jahren für Einkommensteuerausfälle wegen der Erhöhung von Kinderfreibeträgen erhalten, wird für 2010 ein Einnahmeansatz von **715.000 €** (2009: 580.000 €) gebildet, der in dieser Höhe im Gemeindefinanzierungsgesetz NRW (GfG) festgelegt wurde. Für 2011 wird jedoch eine deutliche Minderung von 10,2 % angekündigt.

Da nach den Prognosen ein konstantes bis leicht steigendes Konsumverhalten zu erwarten ist, wird der **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** 2009 um 20.000 € auf **590.000 €** erhöht. Laut Orientierungsdaten gibt es von 2011 bis 2013 Zuwächse von 2,0%, 2,4% und 2,4% kumulativ.

Die **Schlüsselzuweisungen** im kommunalen Finanzausgleich des Landes NRW betragen für 2010 voraussichtlich **2.840.000 €** (Ansatz 2009: 2.830.000 €). Das sieht das am 17.12.2009 verabschiedete Gemeindefinanzierungsgesetz vor. Die zu verteilende Steuerverbundmasse 2010 in NRW ist um 375 Millionen Euro (= - 4,7%) gegenüber 2009 gesunken. Die Stadt Rhede erhält dennoch ungekürzte Schlüsselzuweisungen auf dem Niveau von 2009. Hierin spiegelt sich, dass die Finanz-

kraft der Stadt Rhede in der Referenzperiode vom 1.7.2008 bis 30.6.2009 offensichtlich geringfügig unter dem Landesdurchschnitt lag.

Nach den Orientierungsdaten wird die Verbundmasse im Finanzausgleich NRW in 2011 zunächst um ca. 6,4 % sinken, dann in 2012 und 2013 um 2,8 % und 4,9 % steigen. In diesen Jahren ist wegen der Vielzahl der finanzschwachen Kommunen eine weitgehende Kompensation der Gewerbesteuerausfälle durch Schlüsselzuweisungen nicht zu erwarten. Die Quote wird auf max. 30% geschätzt. Auf dieser Basis werden die Planansätze der Schlüsselzuweisungen 2011 bis 2013 geschätzt.

Das **Gewerbesteueraufkommen** der Städte und Gemeinden in NRW ist 2009 im Vergleich zu 2008 um rd. 18 % gesunken. Der Haushalt 2009 in Rhede sah eine deutlich reduzierte Einnahmeerwartung von 7,3 Millionen Euro (-10%) vor, während das Aufkommen 2008 bei guter Wirtschaftskonjunktur noch bei knapp 8,2 Millionen Euro lag. Das endgültige Ergebnis 2009 wird erst zum Rechnungsabschluss vorliegen. Es wird unter deutlich unter 7 Millionen Euro liegen. Die Orientierungsdaten prognostizieren für 2010 landesweit ein Minus von 1,0 % sowie für 2011 bis 2013 Steigerungsraten von 5,0 %, 8% und 9% kumulativ.

In den einzelnen Städten und Gemeinden kann es jedoch erhebliche und nicht kalkulierbare Abweichungen vom Landesdurchschnitt geben. Insofern ist eine individuelle ortsbezogene Schätzung von großer Bedeutung. Trotz der schweren Wirtschaftskrise haben sich in Rhede auch in 2009 eine nicht erwartete Investitionsbereitschaft und das Ansiedlungsinteresse bei mehreren Betrieben konkret gezeigt. Insofern ist die Gewerbeflächenentwicklung mit Nachdruck weiterbetrieben worden. Für 2010 haben diese Betriebe die Realisierung ihrer Vorhaben angekündigt. Mittelfristig darf ein Wachsen der Wirtschaftskraft in Rhede mit positiver Auswirkung auf das Gewerbesteeraufkommen erwartet werden. Besonders erfreulich ist auch, dass die Beständigkeit der Gewerbesteuererinnahmen in Rhede immer weniger vom wirtschaftlichen Erfolg einzelner größerer Steuerzahler abhängig ist. Vielmehr ist eine wachsende Breite und Struktur unterschiedlicher Branchen und Größenordnungen zu verzeichnen, die das Risiko großer Steuerausfälle mindern.

Dennoch ist eine äußerst vorsichtige Schätzung des Gewerbesteeraufkommens angesagt, da die Folgen des Krisenjahres 2009 sich zeitverzögert bei den Steuerveranlagungen auswirken werden, wie aktuelle Veranlagungen. Insofern wird der Empfehlung der Orientierungsdaten (-1,0% für 2010) nicht gefolgt. Vielmehr sieht der Haushaltsansatz einen deutlichen Risikoabschlag vor und wird mit **6.000.000 €** angesetzt.

An **Gewerbesteuerumlage** einschließlich Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit ist ein Betrag von **1.042.000 Mio. €** (ca. 17,5% der Gewerbesteuer von 6,0 Mio. €) abzuführen.

Die **Realsteuerhebesätze** entsprechen den vom Land NRW festgesetzten fiktiven Hebesätzen. Für 2010 wird trotz der defizitären Haushaltslage keine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes in Betracht gezogen. Höhere Steuerbelastungen wirken dämpfend auf die Konjunktur. Das würde den Konjunkturprogrammen zuwiderlaufen. Allerdings bleibt die Entwicklung der Haushaltslage abzuwarten.

Allerdings wird die Grundsteuer A und B ab 2010 um 5% erhöht und damit das Aufkommen um jährlich 121.000 € gesteigert. Die neuen Hebesätze betragen 202 v.H. für die Grundsteuer A und 400 v.H. für die Grundsteuer B.

Erfreulicherweise ist die **Grundsteuer B** eine verlässliche Einnahmequelle, die kontinuierlich zu einer erheblichen Größenordnung anwächst, insbesondere aufgrund der Bautätigkeit und der Wertverbesserungen der Immobilien im Gewerbe- und Wohnungsbau. Mittelfristig ist aus diesem Blickwinkel ein jährlicher Zuwachs von 50.000 € realistisch. 2010 wird unter Berücksichtigung des neuen Hebesatzes ein Ansatz von **2.415.000 €** (2009: 2.260.000 €) gebildet. Beim Ansatz der **Grundsteuer A** (Landwirtschaft) von **118.000 €** (2009: 112.000 €) sind mittelfristig kaum Veränderungen zu erwarten.

Bei der **Hundesteuer** ist ebenfalls eine moderate Erhöhung vorgesehen, die zu Mehreinnahmen von jährlich 7.000 € führen wird. Als Ergebnis einer Hundebestandsaufnahme werden jährlich weitere 7.000 € mehr an Hundesteuern erwartet.

Das Aufkommen aus der **Konzessionsabgabe** der Stadtwerke Rhede GmbH wird für 2010 auf

960.000 € (Ansatz 2009: 1.000.000 €) geschätzt. Es ist zu erwarten, dass die Anzahl der Sondervertragskunden gegenüber den Tarifkunden mittelfristig steigen wird, was tendenziell zu einer Minderung nach der Konzessionsabgabenverordnung führen kann.

Der städtische Energieversorger ist darüber hinaus nicht in der Lage, die übliche **Gewinnausschüttung** an den städtischen Haushalt zu erwirtschaften. Beim Rechnungsabschluss 2008 musste eine Rückstellung von 1,3 Millionen Euro für „Mehrerlösabschöpfung“ (Mehrerlöse für das Betreiben der Netze oberhalb einer Erlösobergrenze) gebildet werden, was zu einem negativen Jahresergebnis 2008 führte. Durch den Verlustvortrag wird auch das Jahr 2009 im Minus abschließen. Damit muss der Haushalt der Stadt die veranschlagte Gewinnabführung von 280.000 € brutto für zwei Jahre, netto nach Steuerabzug insgesamt 472.000 €, abschreiben. In 2010 sehen sich die **Stadtwerke GmbH** in der Lage, eine Vorabausschüttung von brutto 100.000 € (**netto 85.000 €**) auf das Jahresergebnis 2010 zu leisten, da Anzeichen für eine positive Entwicklung und schrittweise Auflösung der Rückstellung für Mehrlösabschöpfung gegeben sind. Für die Folgejahre 2011 bis 2013 werden Vorabausschüttungen in üblicher Höhe erwartet. Weitere Ausfälle wären für den defizitären städtischen Haushalt nur schwer zu verkraften, zumal neben Gewinnausschüttung und Konzessionsabgabe auch die Gewerbesteuer der Stadtwerke GmbH rückläufig ist, aber die Entgelte für die Straßenbeleuchtung steigen.

Die **Eigenkapitalverzinsung des Abwasserbetriebes** bleibt nach dem Wirtschaftsplan mit **179.000 €** gegenüber den Vorjahren konstant.

Nach dem Kreishaushalt für 2010 betragen die Umlagesätze für die **Kreisumlage** 32,8 v. H. sowie für die **Jugendamtsumlage** 20,1 v.H. Damit erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr die Kreisumlage um 0,5 v.H. sowie die Jugendamtsumlage um 1,8 v.H. Unter Berücksichtigung dieser neuen Hebesätze beträgt die Kreisumlage incl. Jugendamtsumlage in der Summe für die Stadt Rhede in 2010 **9.660.000 €** (2009: 9.425.000 €) und steigt damit deutlich um 235.000 €, obwohl die Finanzkraft der Stadt gesunken ist.

Die **Zinserträge** aus Kassenbestandsmitteln reduzieren sich von 30.000 € in 2009 auf **5.000 €** in 2010, während die **Zinsaufwendungen** für Kreditmitteln von 443.000 € in 2009 auf **482.000 €** in 2010 ansteigen werden. In den Jahren 2011 - 2013 wird der Zinsaufwand durchschnittlich um rund 25.000 € steigen.

Im Saldo der Erträge (Steuereinnahmen, Zuwendungen, allgemeine Umlagen und Finanzerträge) und der Aufwendungen (Transferaufwendungen, sonstige ordentliche und Finanzaufwendungen) weisen die allgemeinen Finanzierungsmittel ein **Minderaufkommen** im Vergleich zu 2009 von knapp **2.080.000 €** aus. In dieser Höhe sinkt also die allgemeine Finanzausstattung der Stadt Rhede. Nach den Prognosen für die Jahre 2011 bis 2013 kann schrittweise mit Verbesserungen von jährlich rund 800.000 € bis 900.000 € gerechnet werden.

2. Der Ergebnisplan 2010

Der deutlich reduzierte Saldo der allgemeinen Finanzierungsmittel in Höhe von rd. 8.145.000 Euro (2009: 10.225.000 €) reicht nicht aus, den Finanzbedarf des Leistungsbudgets (budgetierter Ergebnisplan) in Höhe von rund 11.615.000 € zu decken. Die Deckungslücke beträgt rund 3.470.000 €. Damit kann der Ergebnisplan 2010 nur durch entsprechende Entnahme aus der Ausgleichsrücklage ausgeglichen werden. Wesentliche Ursache des Defizits ist der Rückgang der allgemeinen Finanzierungsmittel (Steuer- und andere Einnahmeausfälle) um knapp 2.080.000 €. Hinzu kommt eine höhere Budgetbelastung durch Abschreibungen, Sonderposten und Rückstellungen in Höhe von rund 640.000 €. Damit erhöht sich das Vorjahresdefizit von 750.000 € um 2.720.000 € auf 3.470.000 €. Ansonsten bleibt das Leistungsbudget auf Vorjahresniveau konstant. Das Ziel „Null-Wachstum im konsumtiven Bereich“ wird im Haushaltsentwurf 2010 erreicht.

Damit wird der Sparkurs der vergangenen Jahre fortgesetzt. Die unvermeidlichen Erhöhungen, insbesondere im Budget Bildung und Soziales, wurden durch Verminderungen an anderer Stelle kompensiert, so dass das Gesamtbudget gegenüber 2009 nicht ausgeweitet wird. Da die konsumtiven Aufwendungen seit Jahren ein niedriges Niveau haben, wäre eine Budgetreduzierung nur durch Kürzung von Leistungen für die Bürger und/oder durch die Verteuerung von Leistungen bzw. das weitere Absenken von Qualitätsstandards erreichbar. Für die Folgejahre sind konkrete Überlegungen auf den Prüfstand zu stellen.

Gespart wird nach wie vor beim operativen Verwaltungsgeschäft. Die laufenden **Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Verwaltung** und für die städtischen Einrichtungen bleiben in der Summe konstant. Die Wirtschaftlichkeit des Mitteleinsatzes wird durch Rationalisierung und die Verbesserung der Betriebs- und Geschäftsabläufe gewährleistet.

Der Haushaltsansatz für **Personalaufwendungen** sinkt zwar deutlich, dies ist allerdings wesentlich begründet durch geringere Zuführungen zu Pensions- und Altersteilzeitrückstellungen in Höhe von 245.100 €. Der tatsächliche Zahlbetrag für Personalaufwendungen, der im Finanzplan nachgewiesen wird, erhöht sich dagegen nicht, obwohl die eingeplante 2 %-ige Tarifierhöhung für Beschäftigte und die 1 %-ige Erhöhung für Beamte rund 80.000 € ausmachen. Darin zeigt sich, dass die gezielten Einsparmaßnahmen durch zeitweilige Vakanzen, kostengünstige Nachfolgelösungen durch Nachwuchskräfte oder Aushilfsbeschäftigungen greifen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Stellenausstattung in der Haushaltssicherung bereits auf ein Minimalniveau reduziert wurde.

Im Gegensatz zu den reduzierten Personalaufwendungen steigen die **Versorgungsaufwendungen** für Beamte im Ruhestand deutlich um 531.900 €. Per Saldo resultiert daraus eine Mehrbelastung des Haushalts um 286.800 €.

Die Finanzausstattung der **Schulen**, die in den vergangenen Jahren schrittweise verbessert wurde, bleibt in 2010 konstant. Verschiedene Einnahmeausfälle bzw. Kostenerhöhungen werden an anderer Stelle kompensiert, z.B. die Reduzierung der Schulpauschale gegenüber 2009 um 18.300 €, der Mehraufwand für die Schulsozialarbeit von 24.000 € sowie für die Schülerbeförderung im Zusammenhang mit der Auflösung der Bezirksgrenzen für die Grundschulen in Höhe von 21.000 €. Der Aufwand wird reduziert, indem die Inventarbeschaffung aus der Rückstellung „Verbesserung Schulinfrastruktur“ finanziert wird.

Im Bereich **Familie, Kinder und Jugend** schlagen höhere Kosten zu Buche für die Aufsuchende Jugendarbeit (13.000 €) und für Kindergärten (4.000 €). Der im Vorjahr veranschlagte Projektzuschuss für das HOT (5.000 €) entfällt dagegen, ebenso einmalige Zuschüsse im **Sozialbereich** (8.500 €). Hierdurch kann eine Budgeterhöhung weitgehend vermieden werden.

Der städtische Anteil an der **Grundsicherung für Arbeitssuchende** (ALG II) wird vorausschauend um 70.000 € im Vergleich zu 2009 erhöht. Wegen der Wirtschaftskrise muss mit einer höheren Zahl von Bedarfsgemeinschaften gerechnet werden. Damit steigen die Kosten der Unterkunft, die von den Kommunen zu tragen sind. Der Bundesanteil von bisher 25,4 % sinkt auf 23,0 %. Außerdem vermindert sich der Verlustausgleich aus den Wohngeldersparnissen des Landes. Dagegen erhöhen sich die Bundeszuweisungen für den Personal- und Verwaltungsaufwand, so dass die zusätzliche Budgetbelastung per Saldo mit **15.000 €** nur geringfügig ist.

Bei den **Aufwendungen für ausländische Flüchtlinge** zeichnet sich eine deutliche Reduzierung in Höhe von 53.000 € ab. Aufgrund der Bleiberechtsregelung beziehen die betroffenen ausländischen Flüchtlinge Leistungen nach dem SGB II, so dass sich Einsparungen bei den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und Erstattungen bei den Unterbringungskosten ergeben.

Ein Schwerpunkt des Haushalts ist die **Erhaltung und Instandsetzung des Infrastrukturvermögens und der städtischen Immobilien** (insbesondere der Schulgebäude). Hier gilt es, Jahr für Jahr mit kontinuierlichem Mitteleinsatz die Substanz der Vermögenswerte dem angestrebten Standard anzupassen und die Folgekosten zu senken.

Die Haushaltsansätze für die **Straßenunterhaltung** steigt um 20.000 €. Der zusätzliche Aufwand für die Straßenentwässerung (10.000 €) und Straßenbeleuchtung (20.000 €) kann durch Kürzungen bzw. Mehrerträge an mehreren anderen Haushaltspositionen ausgeglichen werden.

Der Ansatz für die **Gebäudeunterhaltung** wurde um 60.000 € erhöht, da der Aufwand für die Prüfung und Wartung technischer Anlagen ständig steigt. Um den gleichen Betrag können die Bewirtschaftungskosten (insbesondere die Energiekosten) gesenkt werden. Äußere Einflüsse werden durch Nutzerverhalten, Energiesparmaßnahmen und andere technische Verbesserungen ausgeglichen.

Dazu tragen auch die energetischen Sanierungsmaßnahmen am Schulzentrum bei, die aus dem **Konjunkturprogramm** des Bundes finanziert werden. Von den Zuweisungen über insgesamt 1.663.000 € wurden in 2009 bereits 532.000 € verbaut. Die restlichen Mittel von 1.131.000 € wur-

den im Ertrag und Aufwand 2010 in gleicher Höhe neu veranschlagt.

Für die Folgejahre wurde zwischen Politik und Verwaltung in den Haushaltsberatungen eine Vielzahl von Zielvereinbarungen und Prüfaufträgen vereinbart, um die Realisierung konkreter Einsparüberlegungen und Konsolidierungsschritte auf den Weg zu bringen.

Finanzierung von Unterhaltungsmaßnahmen aus Instandhaltungsrückstellungen

In den Jahren 2009 bis 2012 werden Unterhaltungsmaßnahmen an Verkehrsflächen und an städtischen Gebäuden durchgeführt, die nicht aus dem Ergebnishaushalt, sondern aus Rückstellungen finanziert werden, die in der Eröffnungsbilanz gebildet wurden. Auf Verkehrsflächen entfallen nach einem festgelegten Programm jährlich 150.000 € (insgesamt 600.000 €) und auf städtische Gebäude, in 2009 453.000 € sowie in 2010 bis 2012 jährlich 420.000 € (insgesamt 1.713.000 €). Durch Verschieben von Maßnahmen ist vorgesehen, in 2010 590.000 € zu verausgaben und damit den Unterhaltungsrückstau zügiger abzubauen.

Bilanzielle Abschreibungen und Sonderposten

Mit **bilanziellen Abschreibungen** soll der Werteverzehr des Anlagevermögens, dessen Nutzung zeitlich begrenzt ist, finanziert werden. Auf der Grundlage eines ersten Entwurfs der NKF-Eröffnungsbilanz zum 1.1.2009 waren die Abschreibungen auf Vermögenswerte für den Haushalt 2009 mit 4.360.000 € vorläufig geschätzt und im Ergebnisplan als ordentliche Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit bei den jeweiligen Produkte anteilig ausgewiesen worden. Nach Feststellung der Eröffnungsbilanz ergeben sich für das Haushaltsjahr 2010 nach konkreter Berechnung deutlich geringere Werte. Die Summe beträgt **3.506.000 €**.

Auf der Passivseite der Bilanz werden sogenannte **Sonderposten** abgebildet. Hierzu gehören Zuwendungen und Beiträge Dritter zu städtischen Investitionen. In der Ergebnisrechnung werden sie ertragswirksam aufgelöst. Sie mindern somit die Abschreibung des Vermögensgegenstandes, der mit Hilfe der Zuwendung finanziert wurde. Sonderposten wirken also haushaltsentlastend. Sie betragen in der Summe **1.912.000 €**. In 2009 war aufgrund des ersten Entwurfs der Eröffnungsbilanz ein Schätzbetrag von 3.119.000 € als Ertrag angesetzt worden, der sich bei der konkreten Ermittlung als deutlich zu hoch erwies. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten werden unter „Zuwendungen und allgemeinen Umlagen“ als Ertrag veranschlagt.

Zusammenfassung der Mehr- und Minderbelastungen des Ergebnishaushalts durch NKF-bedingte bilanzielle Abschreibungen, Sonderposten und Rückstellungen			
	Plan 2009	Plan 2010	Entlastung/ Belastung (-)
Abschreibungen auf Vermögenswerte	4.362.000 €	3.506.000 €	856.000 €
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	3.119.000 €	1.912.000 €	-1.207.000 €
Zwischensummen	1.243.000 €	1.594.000 €	-351.000 €
Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Beamte und zu Alterteilzeitrückstellungen	630.000 €	384.000 €	246.000 €
Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger	348.000 €	879.000 €	-531.000 €
Zwischensummen	978.000 €	1.263.000 €	-285.000 €
Budgetbelastung 2010 im Vergleich zu 2009	2.221.000 €	2.857.000 €	-636.000 €
Volumen des Leistungsbudgets 2009			-10.975.000 €
Volumen des Leistungsbudgets 2010			-11.615.000 €

Mehrbedarfe (-) und Minderbedarfe (+) im Leistungsbudget (Ergebnisplan)	
gegenüber der Vorjahresplanung 2009 (ohne NKF-bedingte Abschreibungen und Rückstellungen)	
Einzelbudget 10 - Service und Marketing	
Eigenanteil der Stadt für das Projekt "Ab in die Mitte! Die City-Offensive NRW"	-5.600 €
Minderausgaben Marketing für Medienarbeit, Internetpräsentation u.a.	7.600 €
Einzelbudget 20 - Bildung und Soziales	
Mindereinnahme Schulpauschale	-43.300 €
Mehrbedarf Schülerbeförderung wegen Auflösung Schulbezirksgrenzen Grundschulen	-21.000 €
Mehrbedarf Schulsozialarbeit	-24.000 €
Mehraufwand Schulen für Schwimmunterricht, EDV-Support, Versicherungen	-7.500 €
Minderaufwand Ganztags-/Übermittagbetreuung in Schulen (netto)	11.000 €
Inventarbeschaffung Schulen aus Rückstellung "Verbesserung Schulinfrastruktur"	61.400 €
Mehrertrag Photovoltaik auf Schuldächern	4.200 €
Erhöhung Personalkostenzuschüsse kirchliche Büchereien	-4.000 €
Mehrbedarf aufsuchende Jugendarbeit	-13.000 €
Minderbedarf HOT (2009 Kosten für Bandprobenraum)	5.000 €
Übernahme gestiegener Trägeranteile für Kindertagesstätten	-4.000 €
Mehrerträge für die Unterbringung ausländischer Flüchtlinge aus ALG II (netto)	53.000 €
geringere Transferaufwendungen (2009: Zuschüsse Mucoviscidose und Sozialbüro)	8.500 €
Mehrertrag Personal- und Verwaltungskosten Service-Punkt Arbeit	55.000 €
Mehraufwand für Kosten der Unterkunft Service-Punkt Arbeit	-70.000 €
Verbrauchsmittel (Umschichtung von Budget 40)	-7.700 €
Einzelbudget 30 - Bau und Ordnung	
Minderaufwand Bauleitplanung	2.000 €
Zuschüsse für Denkmalpflegemaßnahmen sowie Fassadengestaltung	5.000 €
Umschichtung Verbrauchsmittel	-25.000 €
Steigende Kosten der Straßenunterhaltung	-5.000 €
Steigende Kosten der Straßenentwässerung	-10.000 €
Steigende Kosten der Straßenbeleuchtung	-20.000 €
Minderaufwand Unterhaltung Bahntrasse	2.000 €
Kosten für Altlastenuntersuchung Münsterstraße	-2.500 €
Minderaufwand Grünanlagengestaltung	3.000 €
Verbrauchsmittel (Umschichtung von Budget 40)	-9.400 €
Einzelbudget 40 - Betriebe und Immobilien	
Mehraufwand Fahrzeugunterhaltung Bauhof	-5.000 €
Vergütung Ein-Euro-Jobs Sportzentrum für ausl. Flüchtlinge	-4.000 €
höhere Erstattung von Lohnkosten für ALG II-Mitarbeiter	10.000 €
Minderertrag Zuschüsse für Altersteilzeit	-12.700 €
Minderertrag Denkmalpflegemittel (2009 Alter Bahnhof)	-33.600 €
höherer Anteil aus der Schulpauschale für Gebäudesanierung	25.000 €
Zuschuss Klimaschutzkonzept Schulzentrum	11.600 €
Mehraufwand für die Prüfung und Wartung technischer Anlagen in den Gebäuden	-60.000 €
Minderaufwand für die Bewirtschaftung städtischer Gebäude (Energiekosten u.a.)	60.000 €
Mehraufkommen Friedhofsgebühren	5.000 €
dezentrale Veranschlagung von Verbrauchsmitteln (Belastung anderer Budgets)	42.000 €
Einzelbudget 60 - Gesamtsteuerung	
Mehrkosten f. Wirtschaftsberatung u. -prüfung Jahresabschluss u. Konzernbilanz	-34.000 €
Kosten für Hundebestandaufnahme (entsprechende Mehrerlöse bei Hundesteuer)	-7.000 €
Kosten für den Druck und die Zustellung neuer Steuerbescheide	-5.000 €
Kalkulatorische Verzinsung	35.000 €
Saldo = Budgetbe-/ entlastung 2010 im Vergleich zu 2009	0 €

3. Der Finanzplan - Finanzierung der Ein- und Auszahlungen

Der Finanzplan weist Einzahlungen und Auszahlungen aus, also sämtliche Zahlungsströme, während im Ergebnisplan Erträge und Aufwendungen abgebildet werden. Unterschiede ergeben sich dadurch, dass beispielsweise Abschreibungen, Erträge aus der Auflösung von Sonderposten und Zuführungen zu Rückstellungen oder Inanspruchnahme von Rückstellungen keinen Geldfluss auslösen. Im Übrigen werden Erträge und Aufwendungen periodengerecht zugeordnet und nicht wie Einnahmen und Ausgaben im kameralen System nach Fälligkeit der Zahlung.

Bei den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit ergibt sich ein negativer Saldo von	-1.319.700 €
bei den Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionen ein negativer Saldo von	<u>-1.949.100 €</u>
so dass ein Finanzmittel-Fehlbetrag entsteht von	-3.268.800 €

Der Anfangsbestand der liquiden Mittel zum 1.1.2010 in Höhe von	1.670.000 €
kann den Fehlbedarf von	<u>-1.598.800 €</u>
bei weitem nicht abdecken.	
Insofern wird eine Kreditaufnahme in Höhe von	1.900.000 €
zur Finanzierung von Investitionen veranschlagt.	
Nach planmäßiger Tilgung von Darlehen in Höhe von	<u>-594.600 €</u>
verbleibt ein negativer Saldo von	<u>-293.400 €</u>
in dessen Höhe die Aufnahme eines Kredites zur Liquiditätssicherung erforderlich ist.	

Das bedeutet, dass in 2010 eine **Nettoneuverschuldung** in Höhe von 1,3 Millionen Euro (Kreditaufnahme abzüglich Tilgung) eintritt. Darüber hinaus sind ab 2010 bis 2012 Kassenkredite zur Finanzierung des konsumtiven Aufwands erforderlich. In der Summe der drei Jahre sind **Kredite zur Liquiditätssicherung** in Höhe von **2,4 Millionen Euro** erforderlich. Nach der Prognose ist eine Tilgung von 0,4 Millionen Euro in 2013 möglich.

Eine Nettoneuverschuldung für investive Maßnahmen ist auch für 2011 mit 460.000 €, in 2012 mit 700.000 € und 2013 ebenfalls mit 1.100.000 € vorgesehen. Damit beläuft sich die **Neuverschuldung** innerhalb von vier Jahren auf insgesamt **3,56 € Millionen Euro**.

Nach sieben Jahren Schuldenabbau im städtischen Haushalt muss angesichts der Wirtschaftskrise der eiserne Grundsatz „keine Nettoneuverschuldung“ aufgegeben werden. Die Notwendigkeit wird im Folgenden begründet.

Investitionstätigkeit

Der Finanzplan sieht investive Maßnahmen und Investitionszuschüsse mit Auszahlungen von **insgesamt rund 3.400.000 €** vor. Hierin sind rund 700.000 € enthalten für Maßnahmen, die im Haushalt 2009 finanziert waren, aber noch nicht begonnen oder abgeschlossen wurden. Die Mittel wurden im Haushalt 2010 neu veranschlagt; eine Übertragung im Sinne von früheren kameralen Haushaltsresten erfolgt nicht. Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von insgesamt rund 1.450.000 € setzen sich wie folgt zusammen: Zuwendungen von rund 1.210.000 €, Veräußerung von Sach- und Finanzanlagen von rund 245.000 € sowie Beiträge und Entgelte von rund 25.000 €. Der Saldo aus Investitionstätigkeit beträgt damit rund 1.950.000 €.

Der Haushalt 2010 und das Investitionsprogramm 2011 bis 2013 sehen eine Vielzahl von Maßnahmen vor, die für die Zukunftsfähigkeit der Stadt wichtig und nicht nur wünschenswert sind. Auch in der Wirtschaftskrise darf der Blick in die Zukunft nicht durch eine rein monetäre Betrachtung verstellt sein. Im Übrigen wäre der Verzicht auf sinnvolle Investitionen mit Blick auf die schwache Konjunktur das falsche Signal. Es dürfen nicht auf der einen Seite riesige Konjunkturprogramme zur Belebung der Wirtschaft aufgelegt werden, auf der anderen Seite aber bestehende Investitionsnotwendigkeiten zum Erliegen kommen. Hier gilt es abzuwägen und einen maßvollen Weg zu finden. In Betracht kommen nur werthaltige und nachhaltige Investitionen. Die in die Finanzplanung eingestellten Investitionssummen (Saldo aus Investitionstätigkeit) stellen Obergrenzen dar ebenso wie die ausgewiesene Kreditfinanzierung, wie sie oben beschrieben ist. In diesem Sinne ist die Investitionsplanung 2011 bis 2013 nicht eine unumstößliche Selbstbindung, sondern muss Jahr für Jahr

bei der Haushaltsplanung neu auf den Prüfstand gestellt werden.

Für die Weiterentwicklung der **Informationstechnik im Rathaus** sind **105.000 €** vorgesehen. Hinzu kommen Ersatzbeschaffungen aus Festwerten von 15.000 €. Damit wird die Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung gestärkt. Außerdem wird die Neu- bzw. Ersatzbeschaffung von **Büroinventar** in Höhe von **19.000 €** finanziert, 14.000 € davon aus Festwerten.

Die **Investitionen in Schulen** betragen 2010 insgesamt rd. **1.884.000 €**. Hiervon werden 200.000 € durch Landeszuwendungen finanziert.

Der größte Teil entfällt auf den Neubau der **Sporthalle an der Ludgerusgrundschule mit 1.102.000 Mio. €** (einschließlich 25.000 € für die Ergänzung der Einrichtung). Eine Summe von 588.000 € ist bereits in 2009 verbaut, aber der Ansatz von 1.000.000 € nicht ausgeschöpft worden. Insofern wird das Haushaltsjahr 2010 nun stärker belastet.

Im Rahmen der Ganztagsoffensive des Landes NRW im Sekundarbereich I wird die pädagogische Übermittagbetreuung/ Nachmittagbetreuung im Schulzentrum sichergestellt. Nach dem in 2009 erarbeiteten Konzept wird eine **Mensa für die Realschule und Hauptschule** errichtet und in den vorhandenen Gebäudekomplex integriert. In 2009 sind Planungskosten von 60.000 € angefallen. Die Baukosten werden mit **530.000 €** und die Einrichtungskosten mit **50.000 €** veranschlagt, die in 2010 bereitgestellt werden. Hierfür ist eine Landeszuwendung von insgesamt 200.000 € bewilligt.

Die **bauliche Erneuerung und räumliche Um- und Ausgestaltung an Schulen** wird mit mehreren kleineren investiven Maßnahmen von zusammen **75.000 €** fortgesetzt. Für die turnusmäßige Unterhaltung und Instandsetzung werden darüber hinaus erhebliche Mittel im Ergebnisplan veranschlagt. Hinzu kommen die energetischen Sanierungsmaßnahmen im Schulzentrum, die aus dem Konjunkturprogramm des Bundes finanziert und im Ergebnisplan sowohl im Aufwand als auch im Ertrag in gleicher Höhe nachgewiesen werden.

Für die Ausstattung der Schulen mit **neuen Medien** stehen wie alljährlich **25.000 €** zur Verfügung. Darüber hinaus sieht der Haushalt die Neuausstattung der **Lehrküche an der Realschule** und von Verwaltungsräumen mit Kosten von insgesamt **50.000 €** vor. Da die **Neuausstattung des Physikraumes** Ende 2009 noch nicht abgeschlossen war, ist vom dem Vorjahresansatz in Höhe von 50.000 € eine Restsumme von **34.000 €** in 2010 neu zu veranschlagen. Für die Neuanschaffung bzw. Erneuerung von **Einrichtungsgegenständen** in Klassen- und Mehrzweck- und Verwaltungsräumen sind knapp **30.000 €** vorgesehen, die zum Teil aus der in der NKF-Eröffnungsbilanz eingestellten Verbindlichkeit „Verbesserung der schulischen Infrastruktur“ finanziert werden.

Mit dem Stadtsporthaus besteht Einvernehmen, dass die **Sportpauschale** des Landes in Höhe von **52.000 €** in voller Höhe für Vereinssportanlagen eingesetzt werden soll. Davon sind 22.000 € als Aufwandsposition im Ergebnisplan für Unterhaltungsmaßnahmen vorgesehen und 30.000 € für Investitionen. Darüber hinaus werden die in 2009 nicht verausgabten Mittel von **37.600 €** neu für Investitionszuschüsse veranschlagt; hiervon sind 30.000 € der DJK Rhede für die Erneuerung der Sanitäranlagen in Aussicht gestellt, sofern die Voraussetzungen geschaffen werden.

Im Investitionsprogramm war für 2010 vorgesehen, den Tennisplatz im **Sportzentrum** zu erneuern und hierfür 67.000 € einzusetzen. Stattdessen könnte in Vereinsregie auf dieser Fläche in 2011 ein Kunstrasenplatz entstehen, der erheblich stärker ausgelastet werden kann und geringere Folgekosten verursacht. Hierfür soll ein Finanzierungsmodell und ein vereinsübergreifendes Nutzungskonzept entwickelt werden. Vorausschauend werden für 2011 zunächst städtische Mittel von 145.000 € sowie die anteilige Sportpauschale von 30.000 € eingeplant. Aus Vereinsmitteln werden 75.000 € erwartet sowie eine langfristige ratenweise Vereinsbeteiligung an den Finanzierungskosten der Stadt.

Da die geplante neue **Sporthalle** an der Ludgerusschule auch den Sportvereinen für Trainingszwecke dient, werden mit dieser Investition die Rahmenbedingungen für den Vereinssport deutlich verbessert.

Für die Umgestaltung und Neuausstattung von **Spiel- und Bolzplätzen** sind **20.000 €** in den Finanzplan eingestellt.

Für Anschaffungen der **Feuerwehr** stehen **27.000 €** zur Verfügung.

Im Bereich der **Jugendarbeit und der ehrenamtlichen Arbeit im sozialkulturellen Bereich** werden die in 2009 begonnenen investiven Maßnahmen zu Ende geführt. Für die Verlegung des Eingangsbereichs im **Jugendhaus Bäkentreff** werden die noch verausgabten Mittel von **9.000 €** neu veranschlagt. Die Baumaßnahme wurde in 2009 nicht abgeschlossen. Das gilt auch für den Ausbau des Dachgeschosses der alten Schule in Vardingholt für Zwecke des **Spielmansszuges**. Von den bereitgestellten städtischen Mitteln in Höhe von 35.000 € (insbesondere für Materialkosten) werden in 2010 noch **17.000 €** benötigt.

Die Tagesbetreuung der Kinder unter 3 Jahren (U-3-Betreuung) gewinnt immer mehr an Bedeutung. Nach dem Investitionsförderungsprogramm des Bundes und des Landes werden für Maßnahmen zur Erweiterung und zum Umbau von Kindergärten 90 % der Kosten übernommen. Die Kindergartenträger finanzieren den Restanteil von 10%, wobei sie vielfach die nach dem früheren Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) angesammelten Rücklagen einsetzen können. Die Kirchengemeinde St. Gudula investiert rund 1,8 Millionen Euro in den Ausbau ihrer Kindergärten. Für den **Kindergarten St. Georg** (Eigentümerin des Gebäudes ist die Stadt Rhede) besteht eine Deckungslücke von **66.000 €**. In dieser Höhe ist ein städtischer Zuschuss veranschlagt. Mit dem Ausbau ist eine Wertsteigerung des städtischen Gebäudes verbunden. Für die Renovierung des Denkmals **St.-Gudula-Kirche** soll der Zuschuss um **7.000 €** aufgestockt werden.

Für den Umbau des **evangelischen Kindergartens** „Unterm Regenbogen“ ist ein Investitionszuschuss von **15.000 €** angesetzt.

Ein Teil der Gesamtinvestitionen wird für den **Straßenbau sowie für die Verbesserung und Erneuerung von Straßen und Wegen** ausgegeben - in der Summe **330.000 €**. Dieser Betrag wird aus Straßenbaubeiträgen und zweckgebundenen Landeszuweisungen von insgesamt **44.000 €** mitfinanziert.

Für die **Verbesserung und Erneuerung von Innenstadtstraßen und Wirtschaftswegen** sind **80.000 €** veranschlagt.

Auf den **Radwegebau** entfallen **65.000 €** bei Landeszuwendungen von 14.000 €:
- Radwanderweg an der Aa in Altrhede und Krechting im ILEK-Programm (Restkosten),
- Radweg an der Gronauer Straße vom Sportzentrum bis Büssingstraße (Restkosten)).

Weiterhin ist die Umsetzung des **Wegekonzeptes Dingdener Heide** vorgesehen, und zwar in 3 Abschnitten 2010 bis 2012. In 2010 fallen Kosten von **50.000 €** an bei einem erwarteten Zuschuss von **25.000 €** aus Leader-Zuwendungen.

Außerdem sollen der **Parkplatz an der Nordstraße** fertiggestellt werden (Kosten 60.000 €).

Für zwei Baumaßnahmen sind Planungskosten von insgesamt 45.000 € veranschlagt, und zwar für die **Umgestaltung Bahnhofstraße/ Auf der Kirchwiese** und für den **Ausbau der Drosteallee / Uhlandstraße**.

Für die Optimierung der **ÖPNV-Haltestellen** soll ein Konzept erarbeitet werden (veranschlagte Kosten **20.000 €**). Nach einer Einplanungsmittteilung des Nahverkehr Westfalen-Lippe wird eine Förderung von Maßnahmen in Rhede mit 75% in Aussicht gestellt. In die Finanzplanung 2011 wurde ein Ansatz von 500.000 € bei einem Eigenanteil von 125.000 € aufgenommen.

Auch im **Wirtschaftsplan des Kommunalunternehmens Flächenentwicklung Rhede (KFR)** werden Straßenbaumaßnahmen finanziert, in den Wohnbaugebieten kostendeckend, in Gewerbegebieten und in der Innenstadt in der Regel mit Investitionszuschüssen aus dem städtischen Haushalt.

In der Innenstadt werden in der Regie von KFR Teilabschnitte der **Hohe Straße und der Bahnhofstraße** neu ausgebaut. Für diese und bereits in Vorjahren abgeschlossene Maßnahmen werden in 2010 Landeszuwendungen von insgesamt rd. 305.000 € erwartet. Aus dem städtischen Haushalt wird die Landesförderung weitergeleitet und mit rd. 80.000 € (20%) aufgestockt.

In die Entwicklung von Gewerbeflächen (Ankauf von Grundstücken, Planungskosten, Kanalanchluss, Baustraßen) investiert KFR in 2010 rd. 2,45 Mio. €, wobei Erlöse von rd. 2,32 Mio. € erwartet werden.

Entgegen der bisherigen Zielsetzung führt der städtische Haushalt in 2010 und in den Folgejahren vorübergehend keinen pauschalen **Investitionszuschuss an den KFR-Wirtschaftsplan** für die **Gewerbeflächenentwicklung** und für den Bereich **Innenstadtentwicklung** ab. Die Finanzlage der Stadt lässt derzeit eine solche Mitfinanzierung nicht zu. Es ist finanzwirtschaftlich nicht zu vertreten, dass die Stadt hierfür Kreditmittel in Anspruch nimmt. KFR muss die Finanzierungslücken kreditieren.

4. Haushaltsausgleich

Der Ausgleich des Ergebnisplanes 2010 ist nur durch die Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von rund **3.470.600 €** möglich.

Das Defizit macht deutlich, dass Abschreibungen auf Vermögenswerte nach Abzug der Erträge aus Sonderposten und Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen in Höhe von rund 2.857.000 € (= 82 % der Deckungslücke) nicht erwirtschaftet werden können. Es fehlen somit letztlich liquide Mittel für Reinvestitionen in Vermögenswerte oder die Anlegung eines Pensionsfonds. Die Ziele des neuen Kommunalen Finanzmanagements werden also mit diesem zweiten NKF-Haushalt wieder nicht erreicht.

Durch die zwingend vorgeschriebene Entnahme aus der Ausgleichsrücklage werden keine Geldmittel verfügbar. Die Ausgleichsrücklage ist vielmehr nur ein Buchwert, der einen Teil des Eigenkapitals abbildet, wovon in 2010 ein Anteil in Höhe des Haushaltsdefizits aufgezehrt wird. Der Haushalt gilt zwar durch die Deckung aus der Ausgleichsrücklage als ausgeglichen, er hat jedoch strukturelle Probleme, die zumindest mittelfristig nicht lösbar sind.

In der vom Rat der Stadt am 16.12.09 festgestellten Eröffnungsbilanz wird die **Ausgleichsrücklage** auf **7.131.760 €** festgeschrieben (siehe Tabelle im Anhang). Sie beträgt ein Drittel des Mittelwerts der Steuereinnahmen und allgemeinen Zuweisungen in den Jahren 2006 bis 2008.

Nach der mittelfristigen Ergebnisplanung ist wie folgt mit dem schrittweisen Aufzehren der Ausgleichsrücklage zu rechnen:

Ausgleichsrücklage	Anfangsbestand	Inanspruchnahme	Endbestand
2009	7.131.760 €	-1.500.000 €	5.631.760 €
2010	5.631.760 €	-3.470.600 €	2.161.160 €
2011	2.161.160 €	<u>-1.987.160 €</u>	0 €
		-7.131.760 €	

Da die Ausgleichsrücklage in 2011 für den Haushaltsausgleich völlig verbraucht ist, wird die in der Bilanz mit 48.890.680 € festgesetzte Allgemeine Rücklage und damit das Eigenkapital wie folgt reduziert:

Allgemeine Rücklage	Anfangsbestand	Inanspruchnahme	Endbestand
2011	48.890.680 €	-439.240 €	48.451.440 €
2012	48.451.440 €	-1.922.600 €	46.528.840 €
2013	46.528.840 €	<u>-1.335.500 €</u>	45.193.340 €
		-4.384.340 €	

Nach der mittelfristigen Planung ist die Allgemeine Rücklage im Jahre 2013 zu 7,56 % in Anspruch genommen. Die Haushaltssicherung tritt nach der Gemeindeordnung ein, wenn in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern. Eine solche Situation ist bei der Haushaltsplanung 2010 nicht gegeben.